

# Parlamentarier und Parlament

Konflikte in modernen Volksvertretungen

Von

Erich Röper



Duncker & Humblot · Berlin

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Abgeordneter im Parlamentsausschuß</b> .....	15
I.    Rechtliche Vorgaben der Ausschubarbeit.....	15
II.   „Selbstbefassungsverbot“ der Ausschüsse? .....	27
III.  Sachfremde Plenarbezogenheit .....	30
IV.  Ausschuß als kleines Plenum.....	37
V.   Formale und inhaltliche Öffentlichkeit der Ausschüsse.....	43
VI.  Mandatsfreiheit in und von Ausschüssen.....	49
<b>B. Öffentlichkeitsarbeit, wesensmäßiger Teil der Abgeordnetenfunktionen</b> .....	52
I.    Restriktives BGH-Urteil .....	52
II.   Rezeption in der Literatur .....	54
III.  Handhabung der Öffentlichkeit bei schriftlichen Anfragen.....	59
IV.  Umfang der Indemnität.....	66
V.   Verschiedene Indemnitäten.....	70
VI.  Indemnität funktional begreifen.....	75
<b>C. Abgeordnetenstatus und Datenschutz</b> .....	83
I.    Parlamentsbezogene datenschutzgesetzliche Regelungen .....	83
II.   Grundrechtsbindung der Parlamente.....	92
III.  Datenschutzrechtliche Einschränkungen der Abgeordnetenarbeit.....	95
IV.  Eingriff in Statusrechte der Abgeordneten.....	98
V.   Zeugnisverweigerungsrecht bezüglich gespeicherter Daten .....	103
VI.  Schutz der Mitarbeiter .....	108

VII. Vorrang für die Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Aufgaben .....	110
<b>D. Zulässigkeit geheimer Abstimmungen im Parlament</b> .....	114
I. Abstimmungsregeln in Bund und Ländern .....	114
II. Fälle geheimer Abstimmung.....	120
III. Diskussion geheimer Abstimmungen .....	124
IV. Durchbrechungen des Öffentlichkeitsprinzips.....	127
V. Zulässigkeit geheimer Abstimmungen.....	130
VI. Unabhängigkeit des Abgeordneten und Öffentlichkeitsprinzip .....	134
<b>E. Wahl vs. Zugriffsrecht - um der Wehrhaftigkeit der Parlamente willen</b> .....	138
I. Spiegelbildlichkeit der Ausschüsse.....	138
II. Ausgrenzungsmaßnahmen in Parlamenten .....	145
III. Zugriffsrecht als Präsentationsrecht.....	159
IV. Verfassungsgerichtliche Grenzen parlamentarischer Wahlakte .....	161
V. Wahl statt bloßer Entsendung .....	170
<b>F. Petitionsinformationsrecht bei privatrechtsförmiger öffentlicher Verwaltung</b> .....	177
I. Petitionsbescheidspflicht nach inhaltlicher Prüfung .....	177
II. Petitionsrechtsbefangenes öffentliches Handeln .....	183
III. Grundrechtsbindung allen öffentlichen Handelns.....	192
IV. Öffentliche Kontrolle privatrechtsförmigen Handelns.....	194
V. Petitionsinformationsrecht als Teil der parlamentarischen Kontrolle.....	196
VI. Eigenständiges Informationsrecht des Petitionsausschusses.....	199
VII. Grundrechtsbindung der privatrechtsförmigen öffentlichen Verwaltung .....	204
VIII. Ausweitung des Petitionsinformationsrechts durch den Bremischen Staatsgerichtshof .....	206

IX.	Umfassendes Petitionsinformationsrecht bei allen Formen öffentlicher Verwaltung.....	209
<b>G.</b>	<b>Parlamentarische Ordnungsmaßnahmen gegen Regierungsmitglieder.....</b>	<b>213</b>
I.	Ordnungsgewalt, Hausrecht und Polizeigewalt des Präsidenten.....	213
II.	Sachruf.....	222
III.	Ordnungsruf.....	223
IV.	Folgen von Sach- und Ordnungsrufen: Wortentziehung und Sitzungsausschluß.....	226
V.	Zum Spannungsverhältnis von Parlament und Regierung.....	231